

**Auswahlverfahren
zur Beauftragung
gemeinnütziger Organisationen oder
Vereinigungen gem. § 107 Abs. 1 Nr.
4 GWB
mit der Durchführung des qualifizier-
ten Krankentransports
im Kreis Düren
für die Rettungsdienst Kreis Düren
AöR (im Folgenden: Auftraggeberin)
Bewerbungsbedingungen**

Inhaltsverzeichnis

1	Einleitung	6
2	Gegenstand des Verfahrens	7
3	Rangfolge der Regelungen bei Widersprüchen	8
4	Auftraggeberin und Stelle, an die die Angebote über die Vergabeplattform zu richten sind	8
5	Verfahrensablauf	8
5.1	Auftragsbekanntmachung und Teilnahmewettbewerb	8
5.2	Aufforderung zur Abgabe der (indikativen) Erstangebote	8
5.3	Prüfung der (indikativen) Erstangebote	9
5.4	Verhandlungen mit den Bietern / Bietergespräche	9
5.5	Aufforderung zur Abgabe finaler Angebote	10
5.6	Zeitlicher Rahmen des Auswahlverfahrens	12
6	Ansprechpartner für Auskünfte	13
7	Mitwirkungsobliegenheit / Bitte um Hinweise	13
8	Fragen zum Verfahren / Hinweise / weitere Informationen	14
9	Verwendung der Verfahrensunterlagen	15
10	Datenschutz	15
11	Abgabe des Teilnahmeantrags	15
11.1	Frist zur Einreichung der Teilnahmeanträge	15
11.2	Änderung und Rücknahme von Teilnahmeanträgen	16
11.3	Bestandteile des Teilnahmeantrags	16
11.4	Weitere Vorgaben	16
12	Angebote	17
12.1	Elektronische Einreichung der Angebote	17
12.2	Vorbehalt der Nachforderung von Erklärungen und Nachweisen bei finalen Angeboten und Teilnahmeanträgen	18
12.3	Kennzeichnung von vertraulichen Informationen für Teilnahmeanträge und Angebote	19
12.4	Weitere formale Anforderungen für Teilnahmeanträge und Angebote	19
13	Neben- / Alternativangebote	20
14	Nachweise zur Eignung und zum Nichtvorliegen von Ausschlussgründen	20
15	Bietergemeinschaften und Einsatz anderer Unternehmen	20
16	Preisangaben	21
16.1	Allgemeine Hinweise	21
16.2	Besondere Ausfüllhinweise	22
16.3	Angabe der im Angebot kalkulierten Personenanzahl („Köpfe“)	22
17	Preisprüfung	23
18	Kalkulationsdaten und Kalkulationsvorgaben	23
18.1	Fortbildungen	25
18.2	Wachleitung	25
18.3	Overhead	25
19	Unzulässige Wettbewerbsbeschränkungen	26
20	Auswahlkriterien	27
20.1	Bewertung des Leistungspreises (Nr. 1)	28
20.2	Zeitpunkt der Inbetriebnahme der auftragnehmereigenen Rettungswache (Nr. 2)	28
20.3	Bewertung der Qualität (Konzept) (Nr. 3)	30

21	Vorinformation.....	34
22	Aufhebungsvorbehalt; keine Kostenerstattung	34
23	Anerkennung von Vertragsbedingungen	35
24	Beauftragung	35
Anlage Auflistung der mit dem Teilnahmeantrag bzw. Angebot vorzulegenden		
Unterlagen, Erklärungen und Nachweise.....		36

Anlagenverzeichnis

Anlage 01 Leistungsbeschreibung (nebst Anlagen, siehe dort)

Anlage 02 Teilnahmeantrag [mit der Aufforderung zur Angebotsabgabe: Anlage Erstan-
gebot bzw. finales Angebot]

Anlage 03 Preisblatt

Anlage 04 Öffentlich-rechtlicher Vertrag

Anlage 05 Eigenerklärung zum Nichtvorliegen von Ausschlussgründen

Anlage 06 ergänzende Hinweise zu Bietergemeinschaften und zum Einsatz anderer Un-
ternehmen

Anlage 07 Bewerber-/Bietergemeinschaftserklärung

Anlage 08 Erklärung Unteraufträge/Eignungsleihe

Anlage 09 Verzeichnis Unterauftragnehmer/Nachunternehmer

Anlage 010 Verpflichtungserklärung Nachunternehmer/Unterauftragnehmer

Anlage 011 Hinweisblatt EU DSGVO

Anlage 012 Eigenerklärung Sanktionen (Formular 523 EU)

Anlage 013 Auftragsdatenverarbeitungsvereinbarung (Muster)

Anlage 014 Auflistung der mit dem Teilnahmeantrag bzw. Angebot vorzulegenden Un-
terlagen / Erklärungen / Nachweise (am Schluss dieses Dokuments Bewerbungsbedin-
gungen)

Anlage 015 Vertragserfüllungsbürgschaft (Muster)

Lediglich zur Information beigelegt:

Aktuell gültiger Rettungsdienstbedarfsplan des Kreises Düren (Fortschreibung 2023)

1 Einleitung

Die Auftraggeberin wurde gemäß der Präambel der Anstaltssatzung vom 20.12.2018 zur Wahrnehmung der Aufgaben des Kreises Düren im Bereich des Rettungsdienstes durch diesen gegründet. Zu den Aufgaben zählt auch der Betrieb der Rettungswachen, die in der Trägerschaft des Kreises gemäß § 6 Abs. 1 Gesetz über den Rettungsdienst sowie die Notfallrettung und den Krankentransport durch Unternehmer (Rettungsgesetz NRW - RettG NRW) liegen. In dieser Eigenschaft ist der Kreis Düren gesetzlich zur Sicherstellung des öffentlichen Rettungsdienstes gemäß § 2 RettG NRW einschließlich der erforderlichen Rettungswachen und Rettungsmittel gemäß § 9 Abs. 1 RettG NRW verpflichtet. Darüber hinaus sind ausreichende Vorbereitungen für den Einsatz zusätzlicher Rettungsmittel und des notwendigen Personals einschließlich einer Organisatorischen Leitung Rettungsdienst für Schadensereignisse mit einer größeren Anzahl Verletzter oder Kranker gemäß § 7 Abs. 4 RettG NRW sowie größerer Rettungsdiensteinsätze zu treffen.

Gemäß § 13 Abs. 1 RettG NRW können Dritte mit der Durchführung des Rettungsdienstes durch öffentlich-rechtlichen Vertrag beauftragt werden. Die Auftraggeberin beabsichtigt, einen Dritten gemäß § 13 Abs. 1 RettG NRW unter Beachtung der §§ 13 Abs. 2 bis 5 RettG NRW mit der Durchführung von Leistungen des qualifizierten Krankentransportes i. S. v. § 2 Abs. 3 RettG NRW zu beauftragen.

Der Leistungserbringende wird im Falle der Beauftragung als Verwaltungshelfer, d.h. als Teil des öffentlichen Rettungsdienstes tätig.

Die Auswahl des künftigen Vertragspartners erfolgt in einem zweistufigen transparenten verwaltungsrechtlichen Auswahlverfahren mit freiwilliger EU-weiter Bekanntmachung der Absicht zum Vertragsschluss in Anlehnung an ein Verhandlungsverfahren mit Teilnahmewettbewerb.

Für die vorliegende Vergabe von Leistungen des qualifizierten Krankentransportes findet die **Bereichsausnahme** gemäß § 107 Abs. 1 Nr. 4 GWB Anwendung. Als Leistungserbringende werden entsprechend ausschließlich gemeinnützige Organisationen oder

Vereinigungen im Sinne von § 107 Abs. 1 Nr. 4 GWB berücksichtigt. Eine Teilnahmemöglichkeit für Organisationen oder Vereinigungen, die nicht gemeinnützig sind, besteht nicht; auch nicht in Form eines Einsatzes als Nachunternehmer. Die Gemeinnützigkeit ist mit dem Teilnahmeantrag nachzuweisen.

Es besteht kein Anspruch auf Einhaltung von Bestimmungen des (EU-) Vergaberechts. Diese vergaberechtlichen Bestimmungen sind einschließlich der Vorschriften nach dem GWB und der VgV ausdrücklich nicht Bestandteil oder Grundlage des vorliegenden Auswahlverfahrens.

*****Hinweis:** Hinsichtlich des Eingreifens der sog. Bereichsausnahme nach § 107 Abs. 1 Nr. 4 GWB wird im Übrigen die Leistungsbeschreibung (vgl. dort Ziff. 15) sowie auf die Bekanntmachung verwiesen.

2 Gegenstand des Verfahrens

Gegenstand des Verfahrens ist die Beauftragung gemeinnütziger Organisationen oder Vereinigungen mit der Durchführung von Leistungen des qualifizierten Krankentransportes im Versorgungsbereich Kreis Düren. Die Beauftragung soll auf Grundlage eines öffentlich-rechtlichen Vertrages gemäß § 13 RettG NRW (im Folgenden: Anlage Öffentlich-rechtlicher Vertrag) erfolgen.

Der Vorhalteumfang ist der Anlage Leistungsbeschreibung zu entnehmen.

Weitere Leistungspflichten und alle Einzelheiten ergeben sich aus der Anlage Leistungsbeschreibung nebst Anlagen und der Anlage Öffentlich-rechtlicher Vertrag.

Wegen der Struktur des Versorgungsbereichs Kreis Düren wird auf den gültigen Bedarfsplan für den Rettungsdienst des Kreises Düren verwiesen.

3 Rangfolge der Regelungen bei Widersprüchen

- a) die Veröffentlichung der Absicht zum Vertragsschluss in der Form einer freiwilligen EU-weiten Bekanntmachung in der zuletzt gültigen Fassung eventueller Änderungsbekanntmachungen
- b) die Verfahrensunterlagen (einschließlich dieser Bewerbungsbedingungen und eventueller Änderungen/Ergänzungen auf Grund von Bieterinformationen)

4 Auftraggeberin und Stelle, an die die Angebote über die Vergabeplattform zu richten sind

Rettungsdienst Kreis Düren AöR
Marienstraße 29
52372 Kreuzau – Stockheim

5 Verfahrensablauf

5.1 Auftragsbekanntmachung und Teilnahmewettbewerb

Das Auswahlverfahren beginnt mit der Veröffentlichung der Auftragsbekanntmachung und folglich der Aufforderung an alle interessierten gemeinnützigen Organisationen oder Vereinigungen zur Abgabe eines Teilnahmeantrags. Jede interessierte gemeinnützige Organisation oder Vereinigung kann einen Teilnahmeantrag abgeben. Mit dem Teilnahmeantrag sind der Auftraggeberin die in Ziff. 14 dieser Bewerbungsbedingungen geforderten Nachweise für die Prüfung der Eignung zu übermitteln. Ein erfolgreicher Teilnahmeantrag ist notwendige Voraussetzung für die spätere Angebotsabgabe. Der Teilnahmeantrag (siehe Anlage „Teilnahmeantrag“) ist je interessiertem Bewerber einmal abzugeben.

5.2 Aufforderung zur Abgabe der (indikativen) Erstangebote

Alle Bewerber, die mit dem Teilnahmeantrag ihre Eignung wie gefordert nachweisen konnten, werden von der Auftraggeberin zur Abgabe eines Erstangebots aufgefordert.

Die Erstangebote sind bis zum Ablauf der Frist einzureichen, die in der Aufforderung zur Abgabe der Erstangebote genannt ist (voraussichtliche Frist, siehe Ziff. 5.6).

*****Hinweis:** Die Erstangebote sind rechtlich nicht verbindlich (sog. indikative Angebote) und dienen als Grundlage für die etwaige Verhandlungsrunde sowie für das verbindliche Angebot.

5.3 Prüfung der (indikativen) Erstangebote

Die Auftraggeberin wird die Erstangebote prüfen. Hierbei wird sie die im vorliegenden Verfahren vorgesehenen Ausschlussgründe nicht anwenden, das heißt z. B. die Angebote nicht ausschließen, wenn geforderte Angaben, Erklärungen oder Nachweise fehlen, fehlerhaft oder unvollständig sind oder Unklarheiten nicht ausgeräumt werden können.

Die Auftraggeberin bittet gleichwohl darum, alle formalen und inhaltlichen Anforderungen schon im Erstangebot zu beachten. Insbesondere bittet sie darum, keine Änderungen an den Verfahrensunterlagen vorzunehmen. Dazu gehören Ergänzungen, Streichungen, Ersetzungen, vermeintliche Vervollständigungen oder Klarstellungen. Eine Gelegenheit, Änderungsvorschläge einzureichen oder Besprechungsbedarf anzumelden, erhalten die Bieter mit der Aufforderung zur Teilnahme an Verhandlungen.

*****Hinweis:** Dies gilt nicht für Erstangebote, die erst nach Ablauf der Einreichungsfrist (zu spät) eingehen. Diese werden insgesamt als verspätet ausgeschlossen. Erstangebote, die nicht auf dem formal vorgesehenen Weg eingereicht werden, sondern z. B. per E-Mail, Telefax oder die Nachrichtenfunktion der Vergabepattform müssen ebenfalls aus formalen Gründen ausgeschlossen werden.

5.4 Verhandlungen mit den Bietern / Bietergespräche

Die Auftraggeberin entscheidet nach Prüfung der Erstangebote, ob sie Verhandlungen mit den Bietern auf der Grundlage der Erstangebote durchführen will. Die Auftraggeberin behält sich vor, von der Durchführung von Verhandlungen abzusehen, wenn aus ihrer Sicht hierfür kein Bedarf besteht. In diesem Fall würden die Bieter direkt zur Abgabe

verbindlicher Angebote aufgefordert (Ziff. 5.5). Ein Anspruch der Bieter auf die Durchführung einer Verhandlungsrunde besteht also nicht.

Entscheidet sich die Auftraggeberin für Verhandlungen, werden sämtliche Bieter, die ein Erstangebot eingereicht haben, zu Verhandlungs-/Bietergesprächen (persönlich vor Ort oder per Videokonferenz) eingeladen. Derzeit plant die Auftraggeberin, lediglich eine Verhandlungsrunde durchzuführen. Sie behält sich jedoch vor, weitere Verhandlungsrunden mit dem Ziel der Verbesserung der Angebote durchzuführen, sofern dies nach Ihrer Einschätzung erforderlich ist.

*****Hinweis:** In einer etwaigen Verhandlungsphase sind sämtliche Aspekte des Erstangebots verhandelbar, dies grundsätzlich einschließlich aller zugrunde liegender Leistungsanforderungen gemäß Anlage Leistungsbeschreibung nebst Anlagen und der Anlage Öffentlich-rechtlicher Vertrag, sofern diese nicht ausdrücklich als Mindestanforderungen gekennzeichnet sind. Eine solche Kennzeichnung würde in den Verfahrensunterlagen jeweils eindeutig als „Mindestanforderung“ erfolgen. Nicht verhandelbar sind außerdem die Auswahlkriterien.

Die Auftraggeberin beachtet den Gleichbehandlungsgrundsatz in den Bietergesprächen/Verhandlungen.

5.5 Aufforderung zur Abgabe finaler Angebote

Nach Abschluss der Verhandlungen oder bei der Entscheidung der Auftraggeberin keine Verhandlungen durchzuführen, werden alle teilnehmenden Bieter zur Abgabe eines finalen Angebots aufgefordert.

Die geforderten Angebotsunterlagen sind für das verbindliche Angebot vollständig einzureichen, es sei denn, die Auftraggeberin regelt dies in der Aufforderung zur verbindlichen Angebotsabgabe abweichend.

Diese finalen Angebote sind rechtlich verbindlich, d.h. es kann auf dieser Grundlage der Zuschlag erteilt werden. Auf die finalen Angebote werden alle Ausschlussgründe angewendet. Es werden nur solche Angebote gewertet, die den Vorgaben der Auftraggeberin

vollständig entsprechen. Eine etwaige Nachforderung oder Aufklärung bleibt vorbehalten, siehe Ziff. 12.2 dieser Bewerbungsbedingungen.

Die Auftraggeberin wird die verbindlichen Angebote einer Angebotsprüfung und alle werbungsfähigen Angebote der Wirtschaftlichkeitsbewertung (siehe Ziff. 20 dieser Bewerbungsbedingungen) anhand der Auswahlkriterien unterziehen.

5.6 Zeitlicher Rahmen des Auswahlverfahrens

Absendung der Bekanntmachung:	17. Juni 2026
Ablauf der Frist zur Einreichung der Teilnahmeanträge	20. Juli 2026, 10:00 Uhr
Aufforderung zur Einreichung von Erstangeboten voraussichtlich bis:	27. Juli 2026
Ablauf der Frist zur Einreichung der (unverbindlichen) Erstangebote	27. August 2026, 10:00 Uhr
Aufforderung zur Teilnahme an Verhandlungen bis voraussichtlich	KW 36 (31. August. bis 4. September 2026)
Durchführung von Verhandlungsgesprächen voraussichtlich:	KW 37/38 (7. bis 18. September 2026)
Aufforderung zur Abgabe finaler Angebote voraussichtlich bis:	25. September 2026
Ablauf der Frist zur Einreichung der finalen Angebote voraussichtlich bis:	9. Oktober 2026, 10:00 Uhr
Ablauf der Bindefrist:	2. November 2026, 24:00 Uhr
Vertragsbeginn:	Tag nach Zuschlagserteilung (Vertragsschluss)
Beginn der Leistungsausführung:	1. Januar 2027, 07:00 Uhr Erste Dienstschicht des KTW gem. Anlage Leistungsbeschreibung: 4. Januar 2027, 07:00 Uhr
Spätester Zeitpunkt für die Inbetriebnahme der auftragnehmereigenen Rettungswache*)	1. April 2027, 07:00 Uhr

***) Hinweis:** Die Auftraggeberin gewährt für die Inbetriebnahme der auftragnehmereigenen Rettungswache einen Übergangszeitraum. Bis zum Ablauf des Übergangszeitraums darf der Auftragnehmer eine Rettungswache der Auftraggeberin (mit-)nutzen. Siehe zu allen Einzelheiten Anlage 01 Leistungsbeschreibung, darin u.a. Ziffer 7, sowie Anlage 04 Öffentlich-rechtlicher Vertrag. Der Zeitpunkt der Inbetriebnahme ist wertungsrelevant, siehe nachfolgend unter Ziffer 20.2.

6 Ansprechpartner für Auskünfte

Rettungsdienst Kreis Düren AöR
Marienstraße 29
52372 Kreuzau - Stockheim

Für den Fall, dass das Vergabeportal Wirtschaftsregion Aachen nicht erreichbar ist, ist der Ansprechpartner Herr Daniel Braun auch unter folgender E-Mail-Adresse erreichbar: E-Mail: da.braun@kreis-dueren.de.

7 Mitwirkungsobliegenheit / Bitte um Hinweise

Die Veröffentlichung und die Verfahrensunterlagen müssen unverzüglich nach Erhalt auf Vollständigkeit und etwaige Unklarheiten geprüft werden. Dies gilt auch für sonstige, dem Bewerber / Bieter mitgeteilte, übergebene oder zugänglich gemachte Unterlagen der Auftraggeberin im Rahmen dieses Verfahrens. Stellt der Bewerber / Bieter dergleichen oder Verstöße gegen geltendes Recht fest, muss er die Auftraggeberin ausdrücklich auf den Verstoß hinweisen.

Der Hinweis zu Eignungsanforderungen muss unverzüglich nach Kenntnis des Verstoßes oder der Unklarheit sowie spätestens bis zum Ablauf der Frist zur Abgabe der Teilnahmeanträge erfolgen. Im Übrigen muss der Hinweis unverzüglich nach Kenntnis des Verstoßes oder der Unklarheit sowie spätestens bis zum Ablauf der Frist zur Abgabe des Erstangebots erfolgen. Für im Zuge der Verhandlungen vorgenommene Änderun-

gen oder Neuregelungen ist die Frist zur Abgabe des verbindlichen Angebots maßgebend. Andernfalls kann seitens der Auftraggeberin keine rechtzeitige Beantwortung oder Abhilfe vor Ablauf der Angebotsfrist sichergestellt werden.

Achtung: Unterbleibt der Hinweis, obwohl dem Bieter dieser aufgrund von Kenntnis oder Kennenmüssens eines erkennbaren Verstoßes / einer Unklarheit möglich gewesen wäre, verzichtet er auf die Geltendmachung zu einem späteren Zeitpunkt.

8 Fragen zum Verfahren / Hinweise / weitere Informationen

Etwaige Fragen sind **ausschließlich** elektronisch über die Nachrichtenfunktion der benannten Vergabeplattform an die unter Ziff. 6 genannte Stelle zu richten.

Die zeitnahe Beantwortung erfolgt gegenüber allen Bietern zeitgleich anonymisiert über die Veröffentlichung einer Bieterinformation auf der Vergabeplattform. Soweit dennoch Auskünfte von anderen Stellen oder mündlich erteilt würden, wären diese nicht verbindlich.

*****Hinweis:** Alle Bieter, die sich auf dem Vergabeportal Wirtschaftsregion Aachen registriert haben, erhalten über die Vergabeplattform eine Benachrichtigung per E-Mail. Nicht registrierte Bieter sind selbst dafür verantwortlich, die Vergabeplattform regelmäßig auf neue Veröffentlichungen oder Informationen hin zu überprüfen. Die Auftraggeberin empfiehlt nicht registrierten Bietern, die Vergabeplattform täglich zu überprüfen.

Sofern sich im Verlauf der Angebotsfrist die Notwendigkeit der Anpassung von Verfahrensunterlagen ergibt, ist die jeweils aktuellste Fassung gültig. Über evtl. notwendige Änderungen werden die auf dem Vergabeportal registrierten Bieter unterrichtet. Es wird empfohlen, vor Abgabe der Angebote die Aktualität der auf dem Vergabeportal hochgeladenen Dokumente zu überprüfen und die neuen Dokumente für die Angebotsabgabe zu verwenden. Dies gilt auch für die Abgabe der Teilnahmeanträge.

Das Verfahren betreffende Angaben in den Bieterinformationen werden Bestandteil dieser Verfahrensunterlagen. Angaben, die die Durchführung des Auftrags betreffen, werden Bestandteil des Vertrags.

9 Verwendung der Verfahrensunterlagen

Die vollständigen Verfahrensunterlagen einschließlich dieses Dokumentes werden den Bietern ausschließlich elektronisch über die Vergabeplattform unter dem in der Bekanntmachung angegebenen Link zum Download zur Verfügung gestellt.

Die Verfahrensunterlagen und alle Informationen, die die Bieter im Rahmen des Verfahrens erhalten, sind vertraulich zu behandeln und nur für dieses Verfahren zu verwenden. Die Nutzung der Verfahrensunterlagen für andere Zwecke, z.B. die (teilweise) Veröffentlichung oder Vervielfältigung, ist nicht gestattet.

Das vom Bieter beschäftigte Personal ist zu entsprechender Geheimhaltung zu verpflichten. Diese Verpflichtung ist an eventuelle Nachunternehmer weiterzugeben.

Bieter, die den Zuschlag nicht erhalten, sind verpflichtet, die erhaltenen Unterlagen auf Verlangen zu vernichten bzw. zu löschen.

10 Datenschutz

Die vom Bieter erbetenen Daten werden von der Auftragsgeberin ausschließlich zum Zwecke des Auswahlverfahrens und - im Zuschlagsfall - der Vertragsdurchführung verarbeitet und gespeichert, siehe Anlage Hinweisblatt EU DSGVO.

11 Abgabe des Teilnahmeantrags

11.1 Frist zur Einreichung der Teilnahmeanträge

Siehe die Angaben zum zeitlichen Ablauf unter Ziffer 5.6.

Teilnahmeanträge, die nach Ablauf der Frist zur Einreichung der Teilnahmeanträge eingehen, werden nicht berücksichtigt, es sei denn der Bewerber hat die Verspätung nachweislich nicht zu vertreten. Der rechtzeitige Eingang ist im Zweifel vom Bewerber nachzuweisen.

Für den rechtzeitigen Eingang kommt es bei elektronischer Einreichung auf den Zeitpunkt an, zu dem der vollständige Teilnahmeantrag mit allen Anlagen auf dem Vergabeportal Wirtschaftsregion Aachen hochgeladen wird. Der Vorgang des Hochladens beansprucht je nach Umfang der Angebotsunterlagen etwas Zeit. Die Auftraggeberin empfiehlt daher, den Vorgang möglichst frühzeitig zu beginnen und sich im Vorfeld bei dem Support der Betreiberin der Plattform zu informieren, ob ggf. noch technische Voraussetzungen geschaffen werden müssen, damit die Abgabe reibungslos funktioniert.

11.2 Änderung und Rücknahme von Teilnahmeanträgen

Beabsichtigt der Bewerber einen Teilnahmeantrag, der bereits abgegeben wurde, zu ändern oder zurückzunehmen, so ist dies nur innerhalb der Teilnahmefrist zulässig.

Die Möglichkeiten zur Änderung oder Rücknahme im Einzelfall richten sich nach den Festlegungen der Vergabepattform.

11.3 Bestandteile des Teilnahmeantrags

Hinsichtlich der Erklärungen und Nachweise, die mit dem Teilnahmeantrag einzureichen sind, wird auf die Anlage Liste der Nachweise und Erklärungen die mit dem Teilnahmeantrag bzw. Angebot einzureichend sind (auf der letzten Seite dieser Bewerbungsbedingungen) und die Bekanntmachung verwiesen.

*****Hinweis:** Die im Teilnahmeantrag aufgeführten Unterlagen für eine gemeinschaftliche Beteiligung müssen nur dann vorgelegt werden, wenn sie angesichts der Art und Weise der Beteiligung des Bieters im Verfahren einschlägig sind (siehe Hinweis auf der entsprechenden Anlage sowie nachfolgende Erläuterungen zur gemeinschaftlichen Beteiligung): Anlage Verzeichnis Nachunternehmerleistungen, Verpflichtungserklärung Nachunternehmer und Anlage Erklärung Bewerber-/Bietergemeinschaft.

11.4 Weitere Vorgaben

Weitere Vorgaben im Zusammenhang mit der Einreichung von Teilnahmeanträgen befinden sich unter Ziff. 12.2-12.4.

12 Angebote

Die Anforderungen an die Angebote gelten für Erstante und für finale Angebote gleichermaßen, es sei denn, es ist ausdrücklich etwas anderes geregelt.

12.1 Elektronische Einreichung der Angebote

Die Angebote sind bis zum Ablauf der Angebotsfrist vollständig elektronisch - unter Zuhilfenahme des Bietertools - über die Vergabeplattform in Textform einzureichen (siehe auch die Hinweise in Ziff. 12.4 dieses Dokuments Bewerbungsbedingungen zur Textform nach § 126b BGB). Eine Angebotsabgabe unter Verwendung einer fortgeschrittenen oder qualifizierten Signatur ist zulässig, aber nicht erforderlich.

Eine Angebotsübermittlung auf sonstigem Wege, insbesondere per Telefax oder E-Mail oder über die Nachrichtenfunktion der Vergabeplattform, ist ausgeschlossen. Diese Angebote würden aus formalen Gründen ausgeschlossen.

Für den rechtzeitigen Eingang kommt es auf den Zeitpunkt an, zu dem das vollständige Angebot mit allen Anlagen auf der Vergabeplattform abgegeben wird. Der Vorgang des Hochladens beansprucht je nach Umfang der Angebotsunterlagen etwas Zeit. Die Auftraggeberin empfiehlt daher, den Vorgang möglichst frühzeitig zu beginnen und sich im Vorfeld bei dem Support der Betreiberin der Plattform zu informieren, ob ggf. technische Voraussetzungen geschaffen werden müssen, damit die Abgabe reibungslos funktioniert.

Beabsichtigt der Bieter ein Angebot, das bereits abgegeben wurde, zu ändern oder zurückzunehmen, so ist dies nur innerhalb der jeweiligen Angebotsfrist zulässig. Die Möglichkeiten zur Änderung oder Rücknahme im Einzelfall richten sich nach den Festlegungen der Vergabeplattform.

12.2 Vorbehalt der Nachforderung von Erklärungen und Nachweisen bei finalen Angeboten und Teilnahmeanträgen

Hinsichtlich der Erklärungen und Nachweise, die mit dem Angebot einzureichen sind, wird auf die Anlage Liste der Nachweise und Erklärungen, die mit dem Teilnahmeantrag bzw. Angebot einzureichen sind am Ende dieses Dokuments Bewerbungsbedingungen sowie die Bekanntmachung verwiesen.

Die Auftraggeberin behält sich vor, geforderte Unterlagen, Erklärungen und Nachweise, die bei Ablauf der Frist zur Einreichung des Teilnahmeantrags / des verbindlichen Angebots nicht, nicht vollständig oder fehlerhaft vorliegen unter Berücksichtigung der Grundsätze der Transparenz und der Gleichbehandlung, nachzufordern oder die Bewerber / Bieter aufzufordern, diese zu vervollständigen oder zu korrigieren. Ebenso behält sich die Auftraggeberin vor, Unklarheiten oder Zweifel in den Teilnahmeanträgen / Angeboten aufzuklären.

Hierfür wird den Bietern eine Nachfrist von max. einer Woche ab Übermittlung der Aufforderung/ Nachforderung über die Vergabepattform gesetzt.

Eine Nachforderung von leistungsbezogenen Angaben und Unterlagen, die die Wirtschaftlichkeitsbewertung der Angebote anhand der Zuschlagskriterien betreffen, ist ausgeschlossen. Dies gilt für Preisangaben dann nicht, wenn es sich um unwesentliche Einzelpositionen handelt, deren Einzelpreise den Gesamtpreis nicht verändern oder die Wertungsreihenfolge und den Wettbewerb nicht beeinträchtigen.

*****Hinweis:** Teilnahmeanträge / verbindliche Angebote, die nach Ablauf der letzten Nachfrist unvollständig oder fehlerhaft sind, werden ausgeschlossen. Gleiches gilt für Teilnahmeanträge / verbindliche Angebote, bezüglich derer Unklarheiten oder Zweifel nicht ausgeräumt werden konnten.

Korrekturen des Bewerbers / Bieters an seinen Eintragungen müssen zweifelsfrei sein.

12.3 Kennzeichnung von vertraulichen Informationen für Teilnahmeanträge und Angebote

Alle Bieter werden gebeten, bereits mit Abgabe ihrer Teilnahmeanträge / ihres Angebotes diejenigen Teile zu kennzeichnen, die nach ihrer Einschätzung der Geheimhaltung unterliegen und daher anderen Bietern als Bestandteil einer eventuell im Rahmen eines behördlichen oder (verwaltungs-) gerichtlichen Verfahrens beantragten Akteneinsicht nicht übermittelt werden dürfen. Es sollen sämtliche Angebotsbestandteile, die vertrauliche Informationen (z. B. Betriebs- oder Geschäftsgeheimnisse) beinhalten, (z.B. mittels Stempel oder entsprechender, der Unterlage zuzuordnender Angabe im Angebotschreiben) als vertraulich gekennzeichnet werden.

*****Hinweis:** In verwaltungsgerichtlichen Verfahren ist gemäß §§ 99, 100 VwGO dem Verwaltungsgericht die vollständige Verfahrensakte zur Verfügung zu stellen und den Beteiligten eine unbeschränkte Akteneinsicht zu gewähren. Ein gesetzlicher Anspruch der Bieter auf Geheimhaltung ihrer Angebotsunterlagen besteht nicht. Im Falle eines streitigen Verfahrens wird die Auftraggeberin die ihr zustehende Möglichkeit gemäß § 99 Abs. 1 S. 2, Abs. 2 VwGO nutzen, um eine Geheimhaltung insbesondere der Angebotsunterlagen im Rahmen der Akteneinsicht zu bewirken. Die Entscheidung über die Geheimhaltungsbedürftigkeit obliegt indes allein dem Oberverwaltungsgericht.

12.4 Weitere formale Anforderungen für Teilnahmeanträge und Angebote

Die Korrespondenz mit der Auftraggeberin, der Teilnahmeantrag und das Angebot sind in allen Bestandteilen in deutscher Sprache abzufassen.

Der Teilnahmeantrag und das Angebot sind in Textform gemäß § 126b BGB einzureichen. Die Auftraggeberin weist darauf hin, dass die Textform nur eingehalten ist, wenn aus der Erklärung der Name des Bieters (als die Erklärung abgebende juristische Person) und der Name der natürlichen Person, die den Bieter vertritt unter Angabe ihrer Funktion bei dem Bieter (z. B. Geschäftsführer:in), hervorgeht. Zur Vermeidung von Unklarheiten empfiehlt die Auftraggeberin beide Namen im Teilnahmeantrag / Angebot zu nennen.

Eine Abgabe des Angebots unter Verwendung einer fortgeschrittenen oder qualifizierten Signatur ist nicht erforderlich.

13 Neben- / Alternativangebote

Neben- oder Alternativangebote sind ebenso wie mehrere Hauptangebote nicht zugelassen.

14 Nachweise zur Eignung und zum Nichtvorliegen von Ausschlussgründen

Zur Abgabe (indikativer) unverbindlicher Erstangebote werden nur diejenigen Bewerber aufgefordert, die die erforderliche Eignung besitzen.

Ein Bewerber ist dann geeignet, wenn er mit seinem Teilnahmeantrag die Prognose dafür ermöglicht, dass er die ausgeschriebenen Leistungen künftig ordnungsgemäß und vollumfänglich erbringt. Um der Auftraggeberin diese Prognose zu ermöglichen, sind vom Bewerber mit seinem Teilnahmeantrag die geforderten Angaben und Nachweise zur Beurteilung der Zuverlässigkeit, Leistungsfähigkeit und Fachkunde gemäß der Bekanntmachung und der Auflistung der mit dem Teilnahmeantrag bzw. Angebot vorzulegenden Unterlagen / Erklärungen / Nachweise (am Ende dieser Bewerbungsbedingungen) in deutscher Sprache vorzulegen. Die Auftraggeberin wird darüber hinaus einen Auszug aus dem Wettbewerbsregister ziehen und diese in die jeweilige Eignungsprüfung einbeziehen.

Wird kein gemeinschaftliches Angebot im Sinne der Anlage ergänzende Hinweise zu Bietergemeinschaften und zum Einsatz von Nachunternehmern abgegeben, sind mit Abgabe des Teilnahmeantrags vom Bieter alle Nachweise und Erklärungen einmal vollständig vorzulegen.

15 Bietergemeinschaften und Einsatz anderer Unternehmen

Die Anforderungen an die Beteiligung von Bietergemeinschaften und den Einsatz anderer Unternehmen sind in der Anlage ergänzende Hinweise zu Bietergemeinschaften und zum Einsatz anderer Unternehmen aufgeführt.

16 Preisangaben

16.1 Allgemeine Hinweise

Der Bieter erhält mit den Vergabeunterlagen die Anlage Preisblatt.

Das Preisblatt ist zentraler Bestandteil der Angebote. Formale Fehler oder unvollständige Eintragungen haben daher in der Regel erhebliche Nachteile im Rahmen der Wertung der finalen Angebote zur Folge, bzgl. derer unter Wettbewerbs- und Gleichbehandlungsgesichtspunkten für die Auftraggeberin in der Regel keinerlei Entscheidungsspielräume bestehen. Unvollständige wesentliche Preisangaben führen regelmäßig zum Angebotsausschluss.

Das Tabellenblatt der Anlage Preisblatt vollständig auszufüllen.

*****Hinweis:** Die Erläuterungen der Auftraggeberin zu bestimmten Kostenpositionen sind ebenso wie die nachfolgenden Kalkulationsvorgaben verbindlich und daher unbedingt einzuhalten. Die Preise müssen von den Bietern den jeweils hierfür abgeforderten, zugehörigen Positionen zugeordnet werden. Bei einem Verschieben von Preisen oder einzelnen Preisbestandteilen in dafür nicht vorgesehene Positionen der Anlage Preisblatt droht ein Angebotsausschluss wegen Vorliegens einer unzulässigen Mischkalkulation oder dem Fehlen geforderter Preise.

Soweit der Bieter eigene Erläuterungen seiner Preise vornehmen will, darf er diese auf einer gesonderten zusätzlich mit dem Angebot hochzuladender Anlage unter zweifelsfreier Bezugnahme auf die betreffende Position vornehmen. Durch die Erläuterungen dürfen keine Abweichung von den Verfahrensunterlagen bewirkt werden. Gleiches gilt für Änderungen oder Streichungen an bzw. von Vorgaben der Auftraggeberin.

Die Leistungspreise sind **netto**, d.h. ohne die gesetzliche Umsatzsteuer und einschließlich aller sonstigen Steuern, Abgaben und Gebühren anzugeben.

Bitte verwenden Sie nur die Anlage Preisblatt und keine selbst erstellten Tabellen o.ä. für die Angebotsabgabe.

16.2 Besondere Ausfüllhinweise

Eintragungen sind vom Bieter ausschließlich in den entsprechenden, hellgrün hinterlegten Eintragungsfeldern der Anlage Preisblatt vorzunehmen.

Die Spalten bilden insgesamt den Beauftragungszeitraum aufgeteilt in einzelne, den Kalenderjahren zugeordnete, Zeiträume ab. Für jeden Zeitraum ist eine Preisangabe für die Durchführung der vertragsgegenständlichen Leistungen aufgeschlüsselt nach den geforderten Preispositionen anzugeben.

*****Hinweis:** Bitte beachten Sie, dass die erste Dienstschrift im Rahmen der Vertragslaufzeit in der ersten Spalte erst um 7:00 Uhr beginnt und in der letzten Spalte um 7:00 Uhr des folgenden Tages endet. Die im Preisblatt angegebenen Kosten decken die vertragsgegenständlichen Leistungen gemäß der Anlage Leistungsbeschreibung nebst Anlagen vollständig ab und bilden die Grundlage der Vergütung bei Vertragsdurchführung gemäß der Anlage Öffentlich-rechtlicher Vertrag (Pauschalfestpreis). Bitte beachten Sie unbedingt die Erläuterungen und Hinweise unter den vom Bieter auszufüllenden Tabellen.

16.3 Angabe der im Angebot kalkulierten Personenanzahl („Köpfe“)

Bitte beachten Sie außerdem den Hinweis zu den zulässigen Neben- und Betriebskosten in der Anlage Preisblatt (siehe Erläuterungen zu den Kostenpositionen).

In der Anlage Preisblatt sind unter Position zu Ziffer V. außerdem die für die Vorhaltung des Grundbedarfs im Zeitpunkt der Angebotsabgabe kalkulierte Personenanzahl („Köpfe“) für das erste Kalenderjahr (2027) anzugeben.

Der Vorbehalt der Nachforderung oder Aufklärung gemäß Ziff. 12.2 gilt auch für die geforderte Angabe der Personenanzahl („Köpfe“).

17 Preisprüfung

Die Auftraggeberin behält sich im Hinblick auf die Prognose einer ordnungsgemäßen Leistungserbringung über die gesamte vorgesehene Laufzeit eine Prüfung der Angemessenheit der angebotenen Preise der für den Vertragsschluss in Betracht kommenden finalen Angebote vor. Dies gilt insbesondere für den Fall, dass ein finales Angebot im Verhältnis zu der zu erbringenden Leistung ungewöhnlich niedrig erscheint.

Es wird ausdrücklich darauf hingewiesen, dass die Prüfung der Preise nicht nur auf auffällig niedrige finale Angebote beschränkt ist, sondern auch für ungewöhnlich hohe Angebotspreise gilt. Die Auftraggeberin ist bei der Beauftragung sowohl an die Grundsätze der Wirtschaftlichkeit und Sparsamkeit als auch an öffentliches Preisrecht gebunden. Es gelten die Bestimmungen über die Preisprüfung gemäß Verordnung PR Nr. 30/53 über die Preise bei öffentlichen Aufträgen vom 21. November 1953 (BANz. Nr. 244), durch Art. 70 des Gesetzes vom 8. Dezember 2010 (BGBl. I S. 1864).

Finale Angebote, deren Preise in einem offenbaren Missverhältnis zur Leistung stehen, werden nicht beauftragt.

Legt der Bieter die im Rahmen der Prüfung geforderten Unterlagen (insbesondere Kalkulationsgrundlagen) nicht oder nicht fristgerecht vor oder werden die begründeten Zweifel, z. B. im Hinblick auf die Einhaltung von geltenden insbesondere sozial- oder arbeitsrechtlichen Verpflichtungen oder von Leistungsanforderungen der Auftraggeberin nicht ausgeräumt, wird das Angebot ausgeschlossen.

18 Kalkulationsdaten und Kalkulationsvorgaben

Der Auftragnehmer erhält für die Sicherstellung der Vorhaltung und Einsatzbereitschaft sowie die Durchführung der Leistungen der rettungsdienstlichen Leistungen während der vorgenannten Betriebs- und Vorhaltezeiten nach Maßgabe der Anlage Leistungsbeschreibung eine pauschale Vergütung unabhängig von den gefahrenen Einsätzen.

Die Allgemeinen Angaben für die Kalkulation können Ziff. 2 der Anlage Leistungsbeschreibung und im Übrigen dem Rettungsdienstbedarfsplan des Kreises Düren (Fortbeschreibung 2023) entnommen werden.

Achtung verbindliche Kalkulationsvorgabe: Für die Angebotskalkulation für den Einsatzdienst ist zwingend der aktuell mit den Verbänden der Krankenkassen und dem Landesverband der gewerblichen Berufsgenossenschaften zuletzt für das Jahr 2024 vereinbarte Personalfaktor von 4,99 zugrunde zu legen. Ändert sich der Personalfaktor während der Vertragslaufzeit gilt Ziffer 9.2 der Anlage Öffentlich-rechtlicher Vertrag.

Die Auftraggeberin weist darauf hin, dass bei der Angebotskalkulation hinsichtlich des Personalbedarfs erfahrungsgemäß einsatzbedingt längere Arbeitszeiten zu kalkulieren sind, als die reine Betriebs- und Vorhaltezeit als Regelbetrieb es vorsieht, dies im Hinblick auf Einsätze, deren Beginn in der vorgesehenen Betriebs- und Vorhaltezeit liegt, deren Einsatzdauer jedoch über das vorgesehene Ende der Betriebszeit hinausgeht. Dies kann sich im Einzelfall aus verschiedenen Parametern, wie dem Einsatzbeginn, der Fahrstrecke, dem Verkehrsaufkommen, der Übernahme- bzw. Übergabedauer in Krankenhäuser oder anderen Transportzielen ergeben sowie letztlich zur ordnungsgemäßen Einsatznachbereitung (z. B. Dokumentation, Aufrüstung des Fahrzeuges, Desinfektion) notwendig sein. Im Jahr 2025 wurden ca. 5 Stunden über das Dienstende des Krankentransportwagens abgeleistet.

Die Auftraggeberin weist abschließend darauf hin, dass sich die Anzahl der rettungsdienstlichen Einsätze naturgemäß nicht sicher vorhersagen lässt. Es besteht kein Anspruch auf Durchführung einer bestimmten Anzahl an Einsätzen. Der Leitstelle des Kreises Düren obliegt die quantitative und qualitative Entscheidung über den Einsatz der jeweiligen Rettungsmittel.

Vor diesem Hintergrund ist weder die Dauer der Überschreitung noch die Häufigkeit zu prognostizieren. Die einheitliche Leitstelle des Kreises Düren ist allerdings bemüht, die Einsätze so zu disponieren, dass eine Überschreitung der vorgesehenen Betriebs- und Vorhaltezeiten vermieden wird.

Die Auftraggeberin weist darüber hinaus darauf hin, dass der Angebotskalkulation zwingend ein Ausfallmanagementsystem zugrunde zu legen ist, das mit dem Angebot vorzulegen ist und zum Vertragsbestandteil wird. Die Anforderungen an ein Ausfallmanagementsystem sind für die Angebotsphase unter Ziff. 3 der Anlage „Auflistung der mit dem Angebot vorzulegenden Unterlagen, Erklärungen und Nachweise“ (am Ende dieses Dokuments Bewerbungsbedingungen) näher beschrieben.

Die Auftraggeberin weist außerdem darauf hin, dass gemäß Ziffer 8.) der Anlage Leistungsbeschreibung Maximalumfänge je Mitarbeiterin und Mitarbeiter bei der Schutzkleidung gelten. Diese sind einzuhalten.

18.1 Fortbildungen

Für die gemäß § 5 Abs. 4 RettG NRW notwendige einheitliche 30-stündige Pflichtfortbildung der für die im Rahmen dieser Beauftragung eingesetzten Mitarbeitenden nimmt der Auftragnehmer gemäß Ziffer 4.2.2.) der Anlage Leistungsbeschreibung verpflichtend die Leistungen des mit der Auftraggeberin kooperierenden Bildungszentrums für ihn kostenfrei in Anspruch.

Das mit der Auftraggeberin kooperierende Bildungszentrum rechnet seine Leistungen unmittelbar gegenüber der Auftraggeberin ab. Es fallen hierfür mithin keine Kosten bei den Leistungserbringern an. Eine Berücksichtigung von Kosten für die Pflichtfortbildung in der Anlage Preisblatt ist unzulässig.

18.2 Wachleitung

Gemäß Ziffer 11.) der Anlage Leistungsbeschreibung ist für den Aufgabenbereich einer Wachleitung ein Freistellungsanteil in Höhe von 20 % zu kalkulieren.

18.3 Overhead

Es gilt eine verbindliche Kostenobergrenze für den Overhead in Höhe von 15 % in Bezug auf die einsatz- und nicht einsatzdienstbezogenen Personalkosten für den Grundbedarf, sofern zutreffend, (= Summe der Kosten zu Ziff. I.1 und I.2) je Zeitraum. Die Obergrenze

richtet sich nach dem Umfang, der von den Kostenträgern in der Vergangenheit als wirtschaftlich anerkannt wurde und nach Einschätzung der Auftraggeberin zuzüglich einer angemessenen Erhöhung für die vorliegende Beauftragung auskömmlich ist.

*****Hinweis:** Eine Überschreitung der verbindlichen Kostenobergrenze je Zeitraum im finalen Angebot führt zu einem Angebotsausschluss. Bitte halten Sie die Kostenobergrenze je Zeitraum unbedingt ein.

Von der Position zu Ziff. II. des Overhead in der Anlage Preisblatt werden Kosten für folgende Bereiche erfasst:

- Verwaltung
- Ansprechpartner gemäß Ziffer 14.) der Anlage Leistungsbeschreibung
- Personalmanagement einschließlich Ausfallmanagement
- Sonstige Kosten (z. B. Versicherungen)

19 Unzulässige Wettbewerbsbeschränkungen

Im Hinblick auf mögliche wettbewerbswidrige Absprachen der Bieter ergehen ausdrücklich folgende Hinweise:

In allen Phasen des Verfahrens sind die Grundsätze des Wettbewerbs sowie des Geheimwettbewerbs zu beachten. Es ist mit dem Grundsatz des Wettbewerbs grundsätzlich nicht vereinbar, wenn ein Bieter am Verfahren teilnimmt, dem ganz oder teilweise das Angebot oder zumindest wesentliche Teile des Angebotes von Mitbewerbern bekannt sind. Nur dann, wenn jeder Bieter die Leistungen in Unkenntnis der konkurrierenden Angebote anbietet, ist der Wettbewerbsgrundsatz grundsätzlich gewahrt.

Angebote von Bietern, die in Bezug auf das Verfahren nachweislich eine wettbewerbsbeschränkende Abrede im Sinne von § 1 GWB getroffen haben oder die sich an einer Wettbewerbsbeschränkung beteiligen und insbesondere Preis- und/oder Gebietsabsprachen getroffen haben, werden ausgeschlossen.

Es wird vorsorglich darauf hingewiesen, dass das Verbot nicht auf gesetzeswidriges Verhalten beschränkt ist, sondern auch alle sonstigen Absprachen und Verhaltensweisen eines Bieters erfasst, die mit dem genannten Wettbewerbsgebot unvereinbar sind. Dies gilt auch für Fälle, in denen der Bieter versucht hat, die Entscheidungsfindung der Auftraggeberin zu beeinflussen oder vorsätzlich oder fahrlässig irreführende Informationen übermittelt hat, die die Auswahlentscheidung der Auftraggeberin erheblich beeinflussen könnte oder versucht hat, solche Informationen zu übermitteln.

Die Auftraggeberin ist dazu verpflichtet, Angebote von Bietern auch im Hinblick auf die vorstehenden Grundsätze zu überprüfen. Betroffene Bieter erhalten vor einem etwaigen Ausschluss die Gelegenheit zur Stellungnahme.

20 Auswahlkriterien

Es wird der Bieter beauftragt, der die höchste Punktzahl erzielt und damit das wirtschaftlichste und qualitätssicherndste finale Angebot abgegeben hat.

Auswahlkriterien sind die Folgenden:

Nr.	Auswahlkriterium (Hauptgruppen)	Gewichtung
1	Leistungspreis	70 %
2	Zeitpunkt der Inbetriebnahme der auftragnehmer-eigenen Rettungswache	10 %
3	Qualitätskonzept	20 %

20.1 Bewertung des Leistungspreises (Nr. 1)

Die Bewertung des Preises erfolgt, indem für jedes finale Angebot eine Punktzahl P für den wertungsrelevanten Angebotspreis ermittelt wird.

Der wertungsrelevante Angebotspreis ist der in der zugehörigen Tabelle der Anlage Preisblatt angegebene Gesamtpreis (siehe Feld: „Gesamtangebotssumme in Euro, Cent [wertungsrelevanter Angebotspreis]“).

Das finale Angebot mit dem niedrigsten wertungsrelevanten Angebotspreis erhält die Höchstpunktzahl (70,00 Punkte) und ein finales Angebot mit einem mindestens doppelt so hohen wertungsrelevanten Angebotspreis null Punkte. Zwischen den beiden Positionen erfolgt die Punkteverteilung linear.

Die so ermittelte Punktzahl P kennzeichnet das Wertungsergebnis des finalen Angebots im Hinblick auf das Auswahlkriterium Leistungspreis.

20.2 Zeitpunkt der Inbetriebnahme der auftragnehmereigenen Rettungswache (Nr. 2)

Spätestens mit seinem finalen Angebot gibt der Bieter verbindlich an, zu welchem Zeitpunkt er die Inbetriebnahme der eigenen Rettungswache nach Maßgabe der Anlage Leistungsbeschreibung Ziffer 7 gewährleistet.

Bewertungsgrundlage:

Der Zeitpunkt der gewährleisteten Inbetriebnahme ist die Bewertungsgrundlage des Auswahlkriteriums Nr. 2. Maßgeblich ist das im finalen Angebot verbindlich angegebene Datum der Inbetriebnahme der angebotenen eigenen Rettungswache (siehe Ziffer 2 der Anlage Angebotsschreiben).

Zielstellung:

Die Zielstellung ist eine Inbetriebnahme der Rettungswache des Auftragnehmers zum Leistungsausführungsbeginn am 01.01.2027, 07:00 Uhr. Dies ist der früheste Zeitpunkt der Inbetriebnahme der Rettungswache gemäß Anlage Leistungsbeschreibung – späterster noch zulässiger Zeitpunkt für die Inbetriebnahme der eigenen Rettungswache ist der 01.04.2027, 07:00 Uhr, siehe Anlage Leistungsbeschreibung.

*****Hinweis:** Angebote, die im finalen Angebot entweder einen Inbetriebnahmezeitpunkt der eigenen Rettungswache nach dem 01.04.2027, 07:00 Uhr, oder gar kein verbindliches Datum der Betriebsaufnahme angeben, werden ausgeschlossen.

Berechnung der Bewertungspunkte:

Die Berechnung erfolgt anhand einer festen Skala mit zwei Bezugspunkten:

- Ein Inbetriebnahmezeitpunkt zum 01.01.2027, 07.00 Uhr erhält die Höchstpunktzahl von 10,00 Punkten.
- Ein Inbetriebnahmezeitpunkt zum 01.04.2027, 07:00 Uhr erhält 0,00 Punkte.

Für die übrigen Angebote, deren Inbetriebnahmezeitpunkte dazwischen liegen, wird die Punktzahl durch lineare Interpolation nach folgender Formel ermittelt:

$$R = 10 \times \left(1 - \frac{D_i - D_{\min}}{D_{\max} - D_{\min}}\right) = 10 \times \left(1 - \frac{D_i}{D_{\max}}\right)$$

Variable	Bedeutung
R	Erzielte Punktzahl des zu bewertenden Angebots in diesem Kriterium Nr. 2
D_i	Datum der Inbetriebnahme der Rettungswache im zu bewertenden Angebot, gezählt in Kalendertagen ab dem 01.01.2027 (Tag 0). Sämtliche Daten werden einheitlich in Kalendertagen ab dem 01.01.2027 gezählt (Referenzpunkt = Tag 0; der 02.01.2027 ist Tag 1 usw.); das Datum der verbindlichen Inbetriebnahme der eigenen Rettungswache ist der letzte mitzählende Kalendertag.
D_{\min}	Fester unterer Bezugswert = 01.01.2027 = Tag 0
D_{\max}	Fester oberer Bezugswert = 01.04.2027 = Tag 90

Die Punktzahl wird auf zwei Nachkommastellen gerundet. Beispielrechnung:

Ein Bieter bietet verbindlich eine Inbetriebnahme zum 18.02.2027 an. Vom 01.01.2027 (Tag 0) bis zum 18.02.2027 vergehen 48 Kalendertage, also $D_i = 48$. Eingesetzt:

$$R = 10 \times (1 - (48 - 0) / (90 - 0)) = 10 \times (1 - 48/90) = 10 \times 0,53 = 4,67 \text{ Punkte.}$$

20.3 Bewertung der Qualität (Konzept) (Nr. 3)

Die Bewertung des Konzeptes erfolgt, indem für jedes finale Angebot eine Punktzahl L ermittelt wird.

Hinweise zur Darstellungsform:

Die Auftraggeberin bittet darum, die Darstellungen im Qualitätskonzept auf maximal 2 DIN-A4-Seiten zu beschränken.

Hinweise zur Wertung:

Wertungsgrundlage ist ausschließlich das mit dem finalen Angebot eingereichte Konzept.

Die Wertung des Konzeptes erfolgt durch Einordnung in drei Stufen, die sich nach dem jeweiligen Erfüllungsgrad der Darstellung mit Blick auf die Zielstellung richten.

Die erzielbaren Punktwerte richten sich für das Konzept nach der folgenden Tabelle. Die Punktwerte entsprechen hierbei in der höchsten Stufe ("hoher Erfüllungsgrad") den maximal erzielbaren Punktwerten je Konzept (siehe nachfolgende Tabelle). Es werden keine Zwischenbepunktungen zwischen den Erfüllungsgraden vorgenommen, d.h. es kann je Erfüllungsgrad nur die in der folgenden Tabelle angegebene Punktzahl vergeben werden:

Nr.	Konzept	Hoher Erfüllungsgrad (Punktwert)	Mittlerer Erfüllungsgrad (Punktwert)	Geringer Erfüllungsgrad (Punktwert)
3	Personalentwicklungs- und Rekrutierungskonzept	14 bis 20	7 bis 13	0 bis 6

Die inhaltliche Bewertung des Konzeptes nach seinem Erfüllungsgrad erfolgt im Rahmen einer Prognose der Auftraggeberin danach, inwieweit anhand der Darstellung davon auszugehen ist, dass die nachfolgend aufgeführte Zielstellung erreicht wird.

Nr.	Unterkriterium/Einzelkonzept	Zielstellung je Kriterium:
3	Personalentwicklungs- und Rekrutierungskonzept	<p>Die Zielstellung ist eine möglichst umfassende und nachvollziehbare Planung der Personalressourcen unter Berücksichtigung der hohen Nachfrage für rettungsdienstliches Fachpersonal und der hieraus resultierenden Notwendigkeit einer nachhaltigen Bindung an den Arbeitgeber sowie Maßnahmen zur Fortbildung von nichtärztlichem Rettungsdienstpersonal, um die Leistungen dauerhaft mit hoher Qualität sicherzustellen.</p> <p>Die Prognose im Hinblick auf den Erfüllungsgrad wird die Auftraggeberin im Rahmen einer Gesamtbetrachtung insbesondere anhand der nachfolgend aufgeführten Inhalte bewerten. Dabei stellt die nachfolgende Auflistung von darzustellenden Themen weder eine Rangfolge noch eine Gewichtung dar. Besonders gute Aspekte zu einer Thematik können daher z. B. eine schwächere Darstellung zu einer anderen Thematik ausgleichen.</p>
	3. aa) Maßnahmen zur Personalgewinnung	<p>Inhaltlich soll aus der Darstellung nachvollziehbar hervorgehen, welche Maßnahmen der Bieter im Falle der Zuschlagserteilung ergreift um auch zukünftig jederzeit zahlenmäßig ausreichend qualifiziertes Fachpersonal in den einzelnen Funktionen für den Rettungsdienstbereich des Kreises Düren durch die Gewinnung neuen Personals zur Verfügung stellen zu können. Dies beinhaltet insbesondere eine Darstellung der einzelnen Maßnahmen zur vorausschauenden Personalplanung</p>

		einschließlich der Akquisitionsmaßnahmen für ausgebildetes und einsatzfähiges Fachpersonal.
	3.bb) Maßnahmen zur Personalbindung	Inhaltlich soll aus der Darstellung nachvollziehbar hervorgehen, welche Maßnahmen der Bieter im Falle der Zuschlagserteilung ergreift, um jederzeit zahlenmäßig ausreichend qualifiziertes Fachpersonal in den einzelnen Funktionen dauerhaft zu binden. Dies beinhaltet insbesondere eine Darstellung der einzelnen Maßnahmen zur Reduktion von Personalfluktuations. Aus der Darstellung der Maßnahmen soll auch hervorgehen, ob und inwieweit der Bieter ein attraktives Vergütungsmodell (z. B. Altersversorgung, Potentialkräfte, Entwicklungsmöglichkeiten), Vergütung von Mehrarbeit / Überstunden oder flexible Arbeitszeitmodelle im Falle der Zuschlagserteilung für sein im Einsatzdienst beschäftigtes Personal vorsieht.
	3. cc) Fortbildung von nichtärztlichem Rettungsdienstpersonal	Inhaltlich soll aus der Darstellung insbesondere auch nachvollziehbar hervorgehen, welche Fortbildungsaktivitäten der Bieter während der Vertragslaufzeit – nicht kostenbildend*) - unter Berücksichtigung der Nachhaltigkeit bezogen auf das im Rettungsdienstbereich des Kreises Düren eingesetzte Personal durchführen wird. Aus der Darstellung soll auch hervorgehen, ob die Fortbildungsangebote neben der Pflichtfortbildung in regelmäßigen Abständen angeboten werden und in welchem Umfang und bezogen auf welche Inhalte diese über den vorgeschriebenen Umfang hinausgehen (z. B. Buchstabenkurse).

		<p>*) Erläuterung: Den Auftragnehmern steht nach Vertragsschluss die für sie kostenfreie Inanspruchnahme der Leistungen des mit der Auftraggeberin kooperierenden Bildungszentrums für die 30 Stunden-Pflichtfortbildung zur Verfügung. Zusätzliche Kosten für die genannten oder für darüberhinausgehende Fortbildungen können im Rahmen dieser Beauftragung daher von der Auftraggeberin nicht erstattet werden. Dessen ungeachtet stellt die Durchführung darüberhinausgehender Fortbildungen aus Sicht der Auftraggeberin einen qualitativen Mehrwert dar.</p>
--	--	--

Hinweis: Der Inhalt des Konzeptes wird bei Zuschlagserteilung Vertragsinhalt.

21 Vorinformation

Alle Bieter, die nicht für eine Beauftragung berücksichtigt werden, erhalten zwei Wochen vor Abschluss der Beauftragung eine Mitteilung über den Ausgang des Auswahlverfahrens einschließlich der Gründe für ihre Nichtberücksichtigung und den Namen des für die Beauftragung vorgesehenen Bieters.

22 Aufhebungsvorbehalt; keine Kostenerstattung

Die Auftraggeberin behält sich ausdrücklich vor, das Verfahren jederzeit und ohne Angabe von Gründen ganz oder teilweise aufzuheben. Dies gilt insbesondere für den Fall, dass sich im Laufe des Verfahrens oder im Rahmen der wirtschaftlichen Bewertung der finalen Angebote herausstellt, dass die zur Verfügung stehenden Haushaltsmittel oder anderweitig festgelegten Finanzierungsgrenzen – insbesondere die sogenannte Eigenkostengrenze*) – überschritten würden und keine haushaltsrechtlich zulässige oder wirtschaftlich vertretbare Deckung dieser Mehrkosten möglich oder verantwortbar ist.

*) Die Auftraggeberin hat im Wege eines Eigenleistungsvergleichs die Kosten ermittelt, die für den Fall einer Selbstaussführung der Leistungen entstehen würden. Für den Fall, dass das im Rahmen des Auswahlverfahrens ermittelte beste finale Angebot diejenigen Kosten, die bei einer Selbstaussführung der Leistungen entstehen würden, übersteigen sollte, wäre eine Beauftragung in diesem Fall regelmäßig nicht mit dem Gebot der wirtschaftlichen und sparsamen Haushaltsmittelverwendung vereinbar.

Aus der Durchführung dieses Verfahrens können keine wie auch immer gearteten Rechte auf Fortführung, Zuschlagserteilung oder Schadensersatz hergeleitet werden. Insbesondere werden Ansprüche auf Ersatz von Aufwendungen, entgangenem Gewinn oder sonstiger Schäden ausgeschlossen, soweit nicht zwingende gesetzliche Vorschriften dem entgegenstehen.

23 Anerkennung von Vertragsbedingungen

Der Bieter erkennt die in den Verfahrensunterlagen enthaltenen Vertragsbedingungen mit Einreichung seines finalen Angebots uneingeschränkt an.

Fügt der Bieter seinem finalen Angebot versehentlich eigene Allgemeine Geschäftsbedingungen bei, erklärt er mit der Abgabe seines Angebots (einschließlich dieser Bestimmung), dass diese ausdrücklich keine – auch keine nachrangige – Anwendung finden.

24 Beauftragung

Im Falle der Beauftragung übermittelt die Auftraggeberin dem Bieter ein Zuschlagschreiben und zugleich ein unterzeichnetes Exemplar der Anlage Öffentlich-rechtlicher Vertrag.

Der Vertrag wird mit der Absendung des vom Bieter gegenzeichneten Öffentlich-rechtlichen Vertrages an die Auftraggeberin geschlossen. Die Auftraggeberin verzichtet insoweit auf den Zugang der Erklärung (§ 151 S. 1 BGB).

Anlage Auflistung der mit dem Teilnahmeantrag bzw. Angebot vorzulegenden Unterlagen, Erklärungen und Nachweise

→ Im Teilnahmewettbewerb:

1) Ausgefüllte Anlage Teilnahmeantrag, in Textform einschließlich folgender Eigen-
erklärungen:

- Zum Vorliegen der fachlichen Eignung der zur Geschäftsführung bestellten Person
- Zum Vorliegen von Referenzen: Der Bieter muss mindestens eine Referenz vorweisen.

Mindestanforderungen: Die Referenz muss die Durchführung von Leistungen des qualifizierten Krankentransports im öffentlichen Rettungsdienst i.S.v. §§ 2 Abs. 2, 13 RettG NRW belegen und darüber hinaus den Betrieb einer Rettungswache umfassen. Die Referenz muss eine ununterbrochene Laufzeit von mindestens fünf Jahren umfassen; das Ende der Laufzeit darf im Zeitpunkt der Einreichung des Teilnahmeantrags nicht länger als drei Jahre zurückliegen.

- Eigenerklärung zur Betriebshaftpflichtversicherung

2) Anlage Eigenerklärung zum Nichtvorliegen von Ausschlussgründen

3) Gültiger Freistellungsbescheid gem. §§ 52 ff. AO ggf. in Form einer Anlage zum Körperschaftsteuerbescheid **in Kopie**.

*****Hinweis:** Es dürfen alternative Nachweise vorgelegt werden, sofern daraus hervorgeht, dass es sich um eine Organisation oder Vereinigung handelt, deren Ziel in der Erfüllung sozialer Aufgaben besteht, die nicht erwerbswirtschaftlich tätig ist und etwaige Gewinne reinvestiert, um ihr Ziel zu erreichen. Bis zum Erlass des ersten Freistellungsbescheides ist ein alternativer Nachweis über die Vorlage eines gültigen Festsetzungsbescheides gemäß § 60a AO verbunden mit

einer Eigenerklärung möglich, mit der bestätigt wird, dass die tatsächliche Geschäftsführung der Körperschaft auf die ausschließliche und unmittelbare Erfüllung der steuerbegünstigten Zwecke gerichtet ist und den Bestimmungen entspricht, die die Satzung über die Voraussetzungen für Steuervergünstigungen enthält (§§ 59, 63 Abs. 1 AO).

- 4) Jahresabschluss / Bilanzauszug des Bewerbers / Bieters für die letzten drei abgeschlossenen Geschäftsjahre (als pdf-Dokument).

*****Anmerkung:** Ist die Vorlage der geforderten Unterlagen aus einem berechtigten Grund nicht möglich, können alternative Nachweise zur wirtschaftlichen und finanziellen Leistungsfähigkeit vorgelegt werden, sofern daraus insgesamt hervorgeht, dass der Bewerber über die zur ordnungsgemäßen Ausführung des Auftrags erforderliche finanzielle Leistungsfähigkeit verfügt. Die vorgelegten Nachweise müssen aktuell, d.h. zum Zeitpunkt der Einreichung des Teilnahmeantrags noch gültig sein. Alternativ kann der Nachweis durch Vorlage einer Bankauskunft, einer entsprechenden Bürgschaft oder eines gleichwertigen Dokuments, das die finanzielle Leistungsfähigkeit in angemessener Weise bestätigt, erbracht werden.

- 5) Aktuelle Bestätigung eines in Deutschland zugelassenen Kreditinstitutes in Kopie über die Bereitschaft zur Übernahme einer Vertragserfüllungsbürgschaft für den Bewerber / Bieter gegenüber der Auftraggeberin in Höhe von EUR 100.000,00 gemäß Anlage Vertragserfüllungsbürgschaft (Muster) nach Vertragsschluss. Zum Zeitpunkt des Ablaufs der Teilnahmefrist darf die Bestätigung nicht älter als 3 Monate sein.

Sofern eine gemeinschaftliche Beteiligung vorliegt zusätzlich:

- 1) Anlage Verzeichnis Unterauftragnehmer/Nachunternehmer
- 2) Anlage Erklärung Unteraufträge/Eignungsleihe
- 3) Anlage Verpflichtungserklärung Nachunternehmer/Unterauftragnehmer
- 4) Anlage Bewerber-/Bietergemeinschaftserklärung

*****Hinweise zur Prüfung / Anforderung von Dritt- bzw. Fremdnachweisen:**

Die Auftraggeberin beabsichtigt, die benannten Referenzaufträge beim Referenzgeber zu überprüfen.

Die Auftraggeberin wird zusätzlich einen Auszug aus dem Wettbewerbsregister ziehen und diesen in die Prüfung einbeziehen.

Die Auftraggeberin behält sich außerdem in Bezug auf sämtliche Eigenerklärungen vor, Bieter dazu aufzufordern, Dritt- oder Fremdnachweise zur Verifizierung einzureichen. Dies gilt im Falle einer gemeinschaftlichen Beteiligung in Bezug auf jedes Mitglied der Bietergemeinschaft als auch für jeden Nachunternehmer / Unterauftragnehmer entsprechend.

→ In der Angebotsphase:

1) Ausgefüllte Anlage Angebotsschreiben (Erstangebot bzw. finales Angebot)

einschließlich der Angaben zum angebotenen Rettungswachenstandort sowie dem Zeitpunkt der Inbetriebnahme, darin unter Ziffer 2, sowie für den Fall, dass der Bieter nicht selbst Eigentümer ist, ein aktuelle/r Verfügbarkeitsnachweis/e für den angebotenen Rettungswachenstandort durch Fremdnachweis/e (z. B. Vorvertrag mit dem Vermieter / Verpächter) in Kopie. Im Zeitpunkt des Ablaufs der finalen Angebotsfrist darf/dürfen der/die Fremdnachweis/e nicht älter als 3 Monate sein.

*****Hinweis:** Die unter Ziffer 2 der Anlage Angebotsschreiben geforderten Angaben zum Rettungswachenstandort gemäß Anlage Leistungsbeschreibung, darin Ziffer 7, müssen spätestens mit dem finalen Angebot vollständig vorliegen.

2) Ausgefüllte Anlage Preisblatt, **als Excel-Dokument und zusätzlich als PDF.**

Ggf. Aufschlüsselung der sonstigen Kosten gemäß der Erläuterung zu ⁶⁾ der Anlage Preisblatt (vom Bieter selbst zu erstellen).

*****Hinweis:** Bei Abweichungen zwischen Excel- und PDF-Dokument ist das PDF-Dokument maßgeblich.

3) Erläuterung des beim Bieter bestehenden Ausfallmanagementsystems:

*****Hinweis:** Das Ausfallmanagementsystem soll darlegen, wie bei kurzfristigen Personalausfällen – auch während laufender Schichten – die durchgehende Einsatzbereitschaft im Rettungsdienst sichergestellt wird. Es sind insbesondere konkrete Rückfallebenen zu beschreiben, insbesondere der Einsatz interner Personalreserven, die Organisation von Springer- oder Bereitschaftsdiensten sowie die kurzfristige Umplanung innerhalb des eigenen Personalkörpers.

*****Hinweis:** Die Auftraggeberin bittet darum, die Ausführungen auf 2 DIN A4-Seiten zu beschränken.

- 4) Konzept zu Kriterium 3 (vom Bieter selbst zu erstellen)
- 5) Anlage Eigenerklärung Sanktionen (sofern noch nicht mit dem Teilnahmeantrag vorgelegt)

Sofern eine gemeinschaftliche Beteiligung vorliegt optional:

- 6) Anlage Verzeichnis Unterauftragnehmer/Nachunternehmer
- 7) Anlage Verpflichtungserklärung Nachunternehmer/Unterauftragnehmer